

Multinationales Banking im Donaauraum?

Die Geschäftspolitik der Wiener Großbanken 1918–1929

Die Wiener Großbanken waren seit ihrer Gründung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einem gewissen Sinn immer „multinational“ orientiert gewesen. Die meisten und die wichtigsten ihrer Filialen lagen von Anfang an in jenen Gebieten der Donaumonarchie, die nach 1918 dem tschechoslowakischen, ungarischen oder italienischen Staat zufielen.¹ 1913 verfügten die zehn größten Wiener Aktienbanken über 149 Filialen außerhalb Wiens, von denen 114 innerhalb der Grenzen der späteren Nachfolgestaaten lagen. Dort befanden sich auch die größten und wichtigsten Industrieunternehmen, mit denen das Wiener Finanzkapital verbunden war. Das Territorium, das nach 1918 der Republik Österreich zugeschlagen wurde, war demgegenüber für die Banken von zweitrangiger Bedeutung.²

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie am Ende des Ersten Weltkriegs stand der Wiener Kreditapparat daher gleichsam über Nacht vor der Alternative, entweder die nun tatsächlich multi- oder besser: transnational gewordene Ausrichtung des Geschäftes beizubehalten (sich also auf die Strategie des *business as usual* einzulassen) oder sich dem Weg der „Austrofizierung“ zu

1 Eduard März, Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I. Am Beispiel der k.k. priv. Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Wien, Frankfurt am Main u. Zürich 1968, 90.

2 Zahl der Filialen berechnet nach Compass. Finanzielles Jahrbuch, 1915, Bd. 1. Zur regionalen Verteilung der Industriekonzerne der Banken siehe die exemplarische Darstellung in: Eduard März, Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien 1981, 73 ff.

verschreiben, d. h. die Besitztümer im und die Geschäftsverbindungen mit dem „Neuaußland“ im Rahmen einer wohlkalkulierten Politik Schritt für Schritt aufzugeben und sich weitgehend auf das österreichische Binnengeschäft zu konzentrieren. Der erste Weg war mit großen politischen und wirtschaftlichen Risiken behaftet, konnte aber unter günstigen Bedingungen die Aufrechterhaltung des Wiener Bankplatzes als eines internationalen Finanzzentrums von mitteleuropäischer Dimension bedeuten; die zweite Alternative hätte auf jeden Fall eine rasche und empfindliche Reduzierung des Bankapparates mit sich gebracht.

Obwohl die Wiener Bankiers innerhalb kurzer Zeit den neuen scharfen Wind des politischen und ökonomischen Nationalismus im Donaauraum zu spüren bekamen und in den meisten Fällen gezwungen waren, die Verfügungsgewalt über ihre neuaußländischen Filialen aufzugeben bzw. mit ‚nationalen‘ Kreditinstituten zu teilen, hielten sie grundsätzlich an ihrer multinationalen Orientierung fest und interpretierten das, was ihnen in Prag und anderen Städten widerfuhr, als eine bloß vorübergehende Episode, über die früher oder später die ökonomische Rationalität den Sieg davontragen mußte. Der zweite Finanzminister des jungen Österreich, der bekannte Nationalökonom Joseph Alois Schumpeter, faßte diese weitverbreitete optimistische Auffassung 1919 in der populären Parole zusammen, daß politische Grenzen nicht mit ökonomischen identisch sein mußten.³

1. Der Versuch, die Interessenssphären in den Nachfolgestaaten aufrechtzuerhalten und die Anlehnung an das westliche Finanzkapital

Dabei war die Haltung der Nachfolgestaaten in all diesen Fragen unmißverständlich und von Anfang an klar erkennbar: Der erste Schritt zur Abkopplung der Nachfolgestaaten von der ehemaligen Metropole drückte sich in der Währungstrennung aus. Von mindestens ebenso großer Bedeutung waren die Verordnungen betreffend die Nationalisierung, d. h. die Nostrifizierung des Bank- und Industriesystems in den einzelnen Staaten. Der Versuch, Kon-

3 „Die Nationalisierung einer Volkswirtschaft mag ja eine sehr schöne Sache sein (...) (Sie) ist aber nur innerhalb einer bestimmten Grenze möglich; politisch kann man sich viel leichter selbständig machen als wirtschaftlich (...) Wien (wird) weiterhin das finanzielle Zentrum bleiben müssen, und an den rein wirtschaftlichen Verhältnissen wird die politische Trennung verhältnismäßig wenig ändern.“ Neue Freie Presse (in Hinkunft: NFP), 21. März 1919.

trolle über die wirtschaftlichen Schlüsselbereiche des jeweiligen Landes zu eringen bzw. ausländische Unternehmungen zu zwingen, den Firmensitz von Wien nach Praha, Warszawa oder Zagreb zu verlegen, endete im Industriesektor nicht selten mit der Ersetzung österreichischen Kapitals durch westliche Finanzgruppen.⁴ Im Bankenbereich erwies sich die Nationalisierungs-Strategie als besonders erfolgreich, insbesondere in der Tschechoslowakei, wo potente inländische Gruppen bereitstanden, um das österreichische Bankkapital aus seiner dominanten Stellung zu verdrängen. In Jugoslawien und Polen gelang es den Wiener Banken weitaus besser, ihre Präsenz zu wahren. Dennoch waren sie auch hier gezwungen, ihre Filialen in selbständige ‚nationale‘ Institutionen umzuwandeln oder bestehenden heimischen Häusern anzugliedern. In fast allen Fällen lag die Aktienmehrheit der neuen Banken nicht mehr in Wien.

Als Ergebnis dieser Entwicklung schrumpfte die Zahl der „neuausländischen“ Filialen der zehn größten Wiener Banken dramatisch: von 143 im Jahr 1918 auf neun (!) im Jahr 1923. Von den verbliebenen Zweigstellen waren nur jene des *Wiener Bankverein* in Budapest und in Jugoslawien von größerer wirtschaftlicher Bedeutung.⁵

Den größten Nachdruck bei der Strategie der Nationalisierung legte die tschechoslowakische Regierung an den Tag. Nicht nur gelang hier die Tilgung des Wiener Bankeinflusses am gründlichsten; auch auf industriellem Gebiet war der Erfolg beeindruckend: In weniger als einem Jahr – von Kriegsende bis August 1919 – hatten 44 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 0,4 Mrd. öK ihren Verwaltungssitz in die tschechoslowakische Republik verlegt oder diesen Schritt zumindest in die Wege geleitet.⁶ Im Zeitraum 1921–1924 betraf die Nostrifizierung noch einmal 235 Unternehmen mit einem Aktienkapital von annähernd zwei Mrd. Kč.⁷ Darüber hinaus kauften tschechoslowakische Staatsbürger große Mengen von Wertpapieren ‚nationaler‘ Firmen an der Wie-

4 Der wohl berühmteste Fall war jener der Škodawerke, wo die dominierende Stellung der Familie Škoda und der Wiener Banken von der französischen Rüstungsfirma Schneider-Creuzot übernommen wurde. Alice Teichová, *An economic background to Munich: international business and Czechoslovakia 1918–1938*, Cambridge 1974, 92 ff.

5 *Compass* 1919 und 1925.

6 Der österreichische Volkswirt (in Hinkunft: ÖVW), 23. August 1919, 893.

7 Václav Průcha, *Hospodářské dějiny Československa v 19. a 20. století* [Tschechoslowakische Wirtschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert], Praha 1974, 77. Gesamtzahlen für die Periode 1918–1924 stehen nicht zur Verfügung.

ner Börse. Nur in wenigen Fällen gelang es den Wiener Banken, durch die Gründung von Holdinggesellschaften in der Schweiz und in Holland den Einfluß über ihre nun multinational gewordenen Unternehmen zu wahren. Dies war der Fall bei einigen Mineralölgesellschaften wie der Fanto AG und der Photogen AG, bei der Mundus AG im Bereich der Holzverarbeitung oder bei Textilunternehmen wie der Mautner AG, den Vereinigten Färbereien und den Fezfabriken.⁸

Die einzige Möglichkeit, der finanziellen Los-von-Wien-Bewegung der Nachfolgestaaten entgegenzutreten, bestand für die österreichischen Großbanken in einer Internationalisierung des Problems. Die Kooperation mit westlichen Partnern war das Wundermittel, um den ökonomischen Nationalismus der neuen Staaten gleichsam politisch zu neutralisieren und die Reste der kommerziellen Einflußsphären im Ausland zu bewahren. Zugleich waren nur so jene Fonds für die Rekonstruktion sowohl des Eigen- wie des Fremdkapitals herbeizuzaubern, die allein die Wiener Banken in die Lage zu versetzen vermochten, die Funktion eines Finanzzentrums für den Donaauraum wahrzunehmen und die Kreditbedürfnisse der Klientel in der Tschechoslowakei, Polen und den anderen Staaten in einem ausreichenden Maß befriedigen zu können.

Schon bald nach Kriegsende setzte daher eine rege ‚diplomatische‘ Offensive der Wiener Banken im westlichen Ausland ein, mit dem Ziel, beteiligungswilliges Kapital für Österreich zu mobilisieren.⁹ Der Erfolg blieb – alimentiert von dem fallenden Kronenkurs, der Investitionen in Österreich stark verbilligte – nicht aus: Hatte der Auslandsanteil an den zehn größten Wiener Banken 1913 etwa zehn Prozent ausgemacht, so belief er sich Ende 1923 auf zirka 30 Prozent.¹⁰

Zwischen dem Vorsatz zu transnationalem Handeln und der Umsetzung der Donaauraum-Strategie klappte jedoch eine nicht unbeträchtliche zeitliche Lücke, welche die gesamte Periode der Inflation und des Währungsverfalls umfaßte. Bis 1923 konnten die Wiener Banken in den Nachfolgestaaten bestenfalls War-

8 Hans Kernbauer u. Fritz Weber, Die Wiener Großbanken in der Zeit der Kriegs- und Nachkriegsinflation (1914–1922), in: Gerald Feldman u. a., Hg., Die Erfahrungen der Inflation im internationalen Zusammenhang und Vergleich, Berlin 1984, 156 f.

9 Philip L. Cottrell, Aspects of Western equity investment in the banking system of East Central Europe, in: Alice Teichová u. Philipp L. Cottrell, Hg., International business and Central Europe 1918–1939, Leicester 1983, 323 ff.

10 Kernbauer u. Weber, Inflation, wie Anm. 8, 163 ff.

tepositionen beziehen; erst danach war an die systematische Umsetzung ihrer Pläne zu denken. Oder, wie es der bekannte liberale Wirtschaftsjournalist Walther Federn damals ausdrückte:

„In der Inflationszeit waren die Wiener Banken nicht in der Lage, ausländische Unternehmungen mit Kredit zu versorgen. Wohl waren und blieben sie noch Großaktionäre von Banken und Industrieunternehmungen in den Nachfolgestaaten und sie behielten auch Einfluß auf diese, aber dieser war überwiegend ein persönlicher der Wiener Bankleiter (...) Erst nach der Stabilisierung der österreichischen Währung wurden die Kreditbeziehungen in größerem Umfang wieder aufgenommen.“¹¹

Damit war die Grundkonstellation für die Zeit bis zur Bankenkrise von 1931 geschaffen: Etwa ein Drittel des Aktienkapitals der Wiener Großbanken befand sich im Besitz westlicher Banken, die dem Wiener Platz in Form von kurzfristigen Krediten auch jene Mittel zur Verfügung stellten, die diese an Bank- und Industrieunternehmen in Österreich und im Donaauraum weitervermittelten. Das Risiko der ‚Fristentransformation‘ – die Wiener Banken verliehen die Gelder in formal zwar kurz-, materiell aber langfristiger Form weiter – lag bei den intermediären Institutionen.

Im folgenden soll nun untersucht werden, in welchem Ausmaß und mit welchem Erfolg die österreichischen Banken die neu übernommene Funktion eines Subzentrums des internationalen Finanzgefüges zu erfüllen vermochten. Mit der Bankenkrise von 1931 verloren die in Frage kommenden Institute alle multinationalen Funktionen. Über diesen Zeitpunkt hinausgehende Überlegungen bleiben daher hier außer Betracht.

2. Die Wiener Großbanken in Wartestellung (1918–1923)

In den ersten Jahren nach 1918 konzentrierten sich die Wiener Großbanken also auf die Schaffung der organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die künftige transnationale Orientierung – durch Anbahnung von Beziehungen zum westlichen Finanzkapital und durch Beteiligung an Instituten in den Nachfolgestaaten bzw. durch Umwandlung oder Einbringung der eigenen Bank-

¹¹ Walther Federn, Der Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 67 (1932), 411 f.

filialen in nationale Gesellschaften. Nur selten gelang – wie im Fall der Filialen des *Wiener Bankverein* in Budapest und in Jugoslawien – die Aufrechterhaltung direkt kontrollierbarer Stützpunkte im sogenannten „Neuaußenland“.

Vorerst jedoch erwies sich die Kreditgewährung an Unternehmen außerhalb Österreichs aufgrund der mannigfaltigen Beschränkungen des Zahlungsverkehrs im Donaauraum, vor allem aber wegen des Wertverfalls der österreichischen Krone, als unmöglich. Einzig die *Creditanstalt* war in der Lage (und auch dies nur in beschränktem Umfang), ihren ausländischen Konzernunternehmen über den Umweg der 1920 gegründeten *Amstelbank* in Holland den nötigen finanziellen Beistand zu gewähren. Das Wiener Stammhaus selbst war – wie alle anderen österreichischen Institute – zu weitgehender Untätigkeit im Auslandsgeschäft verurteilt. Es partizipierte aber an der Neugründung von Aktiengesellschaften bzw. an der Kapitalerhöhung von Unternehmen im Donaauraum.¹²

Der *Amstelbank*, zu deren Gründern neben der *Creditanstalt* noch deren Großaktionär S. M. von Rothschild und holländische Banken zählten, war von Anfang an die Aufgabe der Finanzierung des in- und ausländischen Industriekonzerns der beiden österreichischen Beteiligten zgedacht. Mehr als 90 Prozent ihrer Aktiven und Passiven entfielen auf Geschäfte außerhalb Hollands. Sie gewährte in den zwanziger Jahren laufend Kredite an Unternehmen in Österreich (z. B. an die Hirtenberger Patronenfabrik und an die Climax-Motorenwerke), in Jugoslawien, Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei, insbesondere an die mit der *Creditanstalt* verbundenen Banken wie die *Warschauer Discontobank*, die *Schlesische Kreditanstalt* und die *Agrar- und Industriebank* in Beograd.¹³ Die *Creditanstalt*, die an der *Amstelbank* mit fast 50 Prozent des Aktienkapitals beteiligt war, übernahm darüber hinaus Garantien für die von der *Amstelbank* aufgenommenen Gelder (siehe Tabelle 1).

Rechnet man zu diesen Beträgen noch die Außenstände der *Amstelbank* im Kontokorrentverkehr mit der Wiener Bank hinzu, so betrug das Engagement der *Creditanstalt* Ende 1928 über 171 Mio. S (bei einem buchmäßigen Eigenkapital von 120 Mio.) und Ende 1930 158 Mio. S (bei einem Eigenkapital von 177 Mio.).

12 März, Österreichische Bankpolitik, wie Anm. 2, 534.

13 Landesgericht Wien, 26 d Vr. 6373/31–37 (Ehrenfest-Prozeß), OZ 503; 424: Beantwortung des Requisitoirs vom 23. März 1933, erstattet von Friedrich Ehrenfest, Lissabon; OZ 441, Eingabe Friedrich Ehrenfest; OZ 11: Einvernahme Dir. Zoltan Hajdu.

Tabelle 1: Haftungen der Creditanstalt für Kreditoren
der Amstelbank 1925–1931 (in Mio. S)

17. 2. 1925	52
30. 10. 1925	47
30. 3. 1926	25
15. 6. 1928	124
4. 1. 1929	150
12. 4. 1929	158
31. 3. 1930	128
30. 9. 1930	142
31. 12. 1930	135
31. 5. 1931	108

Quelle: Ehrenfest-Prozeß, OZ 503; FA, Zl. 1539/06/1931 (Vorläufiger Bericht der Fa. Deloitte, Plender, Binder & Co. über die von ihr bei der Österr. Creditanstalt für Handel und Gewerbe vorgenommene Bucheinsicht).

1928, zu einem Zeitpunkt, als der französische Finanzmarkt wieder größere internationale Bedeutung erlangte, beteiligte sich die *Creditanstalt* zusammen mit ihren tschechoslowakischen und ungarischen Geschäftsfreunden (*Böhmische Escomptebank und Kreditanstalt* – BEBKA – und *Ungarische Allgemeine Kreditbank*) an der *Société de Banque pour le Commerce et l'Industrie*. Deren Großaktionär wiederum, die zum Schneider-Creuzot-Konzern zählende Holdinggesellschaft *Union Européenne Industrielle et Financière*, übernahm im Juni desselben Jahres Aktien der *Creditanstalt*, nachdem die Firma 1927 bereits an der *Boden-Credit-Anstalt* Interesse genommen hatte.¹⁴

Die einzelnen Wiener Großbanken waren vom Zerfall der Monarchie bzw. der Nationalisierungswelle in den Nachfolgestaaten in durchaus unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Die *Creditanstalt* wandelte noch im Jahr 1919 sämtliche im Ausland liegenden Filialen entweder in eigenständige Kreditinstitute um (*Kreditanstalt für Handel und Industrie*, Ljubljana) oder brachte sie in bestehende Banken ein (*Warschauer Discontobank*, *Galizische Aktien-Hypothekenbank*, *Böhmische Eskompte-Bank und Kreditanstalt*). In den darauffolgenden Jahren kamen noch weitere Bankbeteiligungen in den Nachfolgestaaten hinzu, wie die *Kroatische Allgemeine Kreditbank* (1921) und die *Agrar- und Industriebank* in Beograd (1923).

14 CA-Geschäftsbericht für das Jahr 1928; Cottrell, Aspects, wie Anm. 9, 335 f.

Die *Boden-Credit-Anstalt* (BCA), die über kein Filialnetz verfügte, hatte unter den neuen Verhältnissen im Donaauraum ganz besonders zu leiden. Sie war gezwungen, das tschechoslowakische Geschäft im Sommer 1919 auf die *Živnostenská banka* zu übertragen. Auf der anderen Seite vermochte sie mit der *Bank Malopolski* in Krakow ein neues Kooperationsabkommen abzuschließen und ihre Beziehungen zu befreundeten ungarischen und jugoslawischen Banken zu intensivieren. Auch die *Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft* (NEG), die einen ähnlich zentralisierten Betrieb wie die BCA unterhielt, begegnete ähnlichen Schwierigkeiten. Die NEG war von 1901 bis 1919 praktisch Alleinaktionär der *Böhmischen Escompte-Bank* gewesen. Nach der Umgruppierung des Jahres 1919 mußte sie sich (ebenso wie die *Creditanstalt*) mit einem Minoritätsanteil von 22,5 Prozent am Aktienkapital der *Böhmischen Escompte-Bank und Kreditanstalt* begnügen. In Jugoslawien blieb die NEG an der *Bosnischen Landesbank* beteiligt. Erst im Jahr 1927, als sich eine Wende in der bis dahin flauen mitteleuropäischen Konjunktur anzukündigen schien, kam es mit dem Erwerb von Aktien der *Bank Handlowy* und der *Banque de Varsovie* (beide in Polen) zu einem erneuten Vorstoß in traditionelles Terrain.¹⁵

Der *Wiener Bankverein* vermochte wohl am besten von allen Wiener Kreditinstituten seine Einflußsphäre im Donaauraum durch eine geschickte Kooperation mit westlichen Bündnispartnern behaupten. Es gelang ihm auch, ebenso wie der *Creditanstalt*, die ausländischen Konzernunternehmen (insbesondere in Ungarn) mit Kredit zu versorgen. Allerdings wurden die Kredite von den „neuausländischen“ Filialen des *Wiener Bankverein* vergeben. Die Kreditgewährung ans Ausland seitens der Wiener Zentrale wurde nicht vor Mitte 1923 (und auch dann nur sehr zaghaft und vorsichtig) aufgenommen.¹⁶

Die größte österreichische Bank, die *Creditanstalt für Handel und Gewerbe*, vermochte insbesondere polnische, jugoslawische und ungarische Firmen – zumindest in einem Minimalansprüchen genügenden Ausmaß – über die Zeit der österreichischen Inflation hinweg zu betreuen. In Ungarn ging die Kreditgewährung an verschiedene Textilfirmen, die dem Färbereien- bzw. Fezfabriken-

15 Neues Wiener Tagblatt (in Hinkunft: NWT) vom 30. April 1927; NFP vom 13. April 1928.

16 Letzteres gilt auch für die BCA, deren erste wichtigere Kreditoperation im Ausland in den Spätsommer 1923 fiel. (VWP-BCA vom 24. September 1923. Vgl. auch den Halbjahresbericht der Direktion der Bank für das erste Semester 1923, enthalten in VWP-BCA vom 9. November 1923).

Komplex angehörten, auch bis 1923 weiter. In Zusammenarbeit mit S. M. v. Rothschild wurde die Mineralölraffinerie Budapest finanziert, ein Unternehmen, das zum weitverzweigten Photogen-Konzern zählte, dessen administratives Zentrum in der Nachkriegszeit nach Amsterdam verlegt worden war. Auch die polnischen Zweigbetriebe des Photogen-Konzerns und andere galizische Petroleumfirmen wie die Dabrowa-Gesellschaft waren während der Inflationszeit Nutznießer größerer Kreditoperationen seitens der *Creditanstalt*. Andere wichtige Kreditkunden der Bank in Polen waren die Lemberger Brauerei, zwei große Zementfabriken (Szczakowa und Golleschau, die beide seit langem zum Konzern der *Creditanstalt* gehörten) und – nicht zuletzt – Zieleniewski, die größte polnische Maschinenfabrik.

Die bei weitem wichtigste ausländische Kredittransaktion der *Creditanstalt* während der Inflationszeit betraf einen Investitionskredit an Zieleniewski, der im Frühjahr 1921 gemeinsam mit befreundeten polnischen Banken gewährt wurde. Der Kredit betrug 450 Mio. polnische Mark, von denen 63 Mio. (d. s. 14 Prozent) von der Wiener Bank beigesteuert wurden.¹⁷

Im Gegensatz zu den Aktivitäten in den genannten drei Staaten, die einer finanziellen Infrastruktur ermangelten, kam es bis 1923 nur zu einer einzigen finanziellen Transaktion, die ein tschechoslowakisches Unternehmen betraf. Die *Creditanstalt* erteilte gemeinsam mit der *Živnostenská banka* einen größeren Kredit an die Helios AG, den größten tschechischen Zündholzproduzenten.¹⁸ In einer Reihe weiterer Fälle ist es schwer zu beurteilen, ob Kredite, die die *Creditanstalt* an Unternehmen mit Sitz in Österreich gewährte, als „inländisch“ gewertet werden können, da Firmen wie die Eisenwerke Rothau-Neudeck, die Schodnica Petroleum AG oder gewisse Textilunternehmen wichtige bzw. die wichtigsten Produktionsstätten in den Nachfolgestaaten unterhielten.

3. Die Banken gehen in die Offensive

Während die Wiener Großbanken bis Ende 1922 nur in der Lage gewesen waren, ihren ausländischen Konzernunternehmen ein Minimum an Kredit zur Verfügung zu stellen, bahnte sich 1923 eine Verhaltensänderung an, die freilich

17 VWP-CA vom 27. Mai 1921.

18 VWP-CA vom 30. März und 27. Mai 1921.

vorher noch nicht in der Form einer expansiven Kreditvergabe zum Ausdruck kam: Zu Beginn des Jahres vermochte die *Boden-Credit-Anstalt*, die bis zu diesem Zeitpunkt zu völliger Inaktivität im Ausland verurteilt gewesen war, ein neues Arrangement mit der *Živnostenská banka* betreffend die Finanzierung der Mautner-Textilwerke zu erreichen. Der Mautner-Konzern zählte zu den bedeutendsten Textilproduzenten des Donauraums. Er mußte nach 1918 in seine einzelnen nationalen (tschechoslowakischen, ungarischen, jugoslawischen und österreichischen) Bestandteile aufgelöst werden, wobei die tschechischen Werke das wichtigste Aktivum des Konzerns bildeten. Gemäß dem neuen Übereinkommen von 1923 war die *Boden-Credit-Anstalt* künftig wieder mit einer Quote von 50 Prozent als gleichberechtigter Partner der *Živnobanka* an der Finanzierung der tschechoslowakischen Mautner AG beteiligt.¹⁹

Ein weiteres Symptom für die geänderte Haltung des Wiener Finanzkapitals war das Abkommen über den Eintritt der *Creditanstalt* in die Verwaltung der *Rumänischen Kreditbank* vom Sommer 1923. Die *Creditanstalt* übernahm dabei die frühere Quote der *Anglobank*. Dieses Engagement beinhaltete auch die Bereitstellung von 500.000 Dollar, über welche die rumänische Bank frei disponieren konnte.²⁰ Schließlich signalisierte ein Kredit der *Creditanstalt* in der Höhe von einer Mio. Dollar an die Timber AG in Zürich, eine Holz-Holdinggesellschaft für den Donauraum, den Beginn einer neuen Ära der Expansion im Auslandsgeschäft der österreichischen Großbanken.²¹

1923 war nur die ‚Rothschildbank‘ zu ausländischen Transaktionen vom Ausmaß des oben erwähnten ‚Timber‘-Kredites in der Lage. Die Vorbedingung einer expansiven Kreditpolitik im Donauraum war die Aufnahme westlicher Gelder durch die Wiener Großbanken selbst. Der *Creditanstalt* kam dabei von Anfang an das Renommee ihres neuen Präsidenten Louis Rothschild zugute, welches ihr einen relativ leichten Zugang zu internationalen Kreditquellen gewährte. Im Gegensatz dazu hatten die übrigen Banken – in Anbetracht des kurzfristigen Charakters der Auslandskredite – mit dem jederzeitigen Abzug dieser Gelder zu rechnen. Sie verhielten sich daher bis zum Jahr 1925 sehr zurückhaltend, wenn es darum ging, ihr Obligo gegenüber westlichen Banken

19 VWP-BCA vom 16. Februar 1923. Auch an künftigen Kapitalerhöhungen der Mautnerwerke sollte die BCA im selben Verhältnis beteiligt sein. Vgl. VWP-BCA vom 24. Mai 1924.
20 VWP-CA vom 17. Juli und 5. September 1923.

21 VWP-CA vom 12. Dezember 1923. Die Timber AG war von der Unionbank gegründet worden.

zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für den *Wiener Bankverein*²² und die *Niederösterreichische Escomptegesellschaft*.

Sogar die Direktion der im allgemeinen expansiv orientierten *Boden-Credit-Anstalt* legte bis Mitte 1925 eine auffallende Zurückhaltung bezüglich der Hereinnahme kurzfristiger westlicher Auslandskredite an den Tag.²³ Erst zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich eine Wende ab, die mit einer Änderung im Aktivgeschäft korrespondierte. Der 1919 mit der *Živnobanka* abgeschlossene Vertrag wurde nun so interpretiert, daß das tschechoslowakische Geschäft nur für den Zeitraum abgetreten worden sei, in welchem die BCA nicht über die finanziellen Reserven verfügt habe, derartige Finanzgeschäfte selbst durchzuführen. Erstes greifbares Resultat dieser Haltung war die Beteiligung der *Boden-Credit-Anstalt* als gleichberechtigter Partner (zu einem Drittel) an der Kreditvergabe an die Ringhoffer-Werke in Prag, gemeinsam mit der *Živnostenská banka* und der BEBKA.²⁴

Obwohl die Hereinnahme ausländischer Einlagen einen essentiellen Bestandteil der österreichischen Bankstrategie seit 1918 bildete, wäre es falsch, die zunehmende kurzfristige Auslandsverschuldung der Wiener Banken in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre als bloßen *pull*-Effekt zu interpretieren. Denn schon Mitte 1924 – zu einem Zeitpunkt, als die kleineren Kreditinstitute sich mit der Rückforderung ausländischer Guthaben konfrontiert sahen – sprach man in den Direktionsetagen der Großbanken von „reichlich vorliegende(n) Offerte(n) in ausländischen Währungen“.²⁵

Der Zustand einer vom Ausland alimentierten Geldflüssigkeit blieb für die gesamten zwanziger Jahre charakteristisch. So berichtete z. B. im Frühjahr 1928 die Direktion des *Wiener Bankverein*: „(D)er Zustrom von Geldanlagen ist infolge der Zurückhaltung des Publikums von Investitionen an österreichischen

22 Vgl. die diesbezüglichen Bemerkungen über das erste Semester 1924 im Bericht der Direktion über das erste Halbjahr 1924, enthalten in VWP-WBV vom 7. Oktober 1924. Vgl. ferner DSP-WBV vom 10. Juni 1924.

23 Dies kann indirekt den Worten des Präsidenten der Bank, Rudolf Sieghart, entnommen werden: „Was dem Lande und der Wirtschaft nottue, seien dermalen langfristige Kredite.“ (VWP-BCA vom 24. Mai 1924). Ähnlich hieß es im Bericht der Direktion über das erste Halbjahr 1925: „An kurzfristigen Auslandskrediten ist allerdings kein Mangel, doch hat die Industrie hierfür nur beschränkte Verwendung.“ (Enthalten im VWP-BCA vom 4. November 1925)

24 VSP-BCA vom 10. Juli 1925.

25 DSP-WBV, 22. August 1924.

Verhältnissen gemessen eher reichlich, und überdies stehen den Wiener Großbanken ausländische Kredite *weit über das von ihnen in Anspruch genommene Maß* hinaus zur Verfügung.“²⁶

Kein Wunder, daß manche Banken von diesen Offerten über Gebühr Gebrauch machten!

Die Ursachen für das beständige Überangebot an kurzfristigen Auslandskrediten, welches manche Beobachter geradezu von einer „Aufdringlichkeit“²⁷ der westlichen Banken sprechen ließ, sind sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite zu suchen. Im Laufe des Jahres 1924 traten – im Zusammenhang mit der Entwicklung in Deutschland (Dawes-Plan) – zum ersten Mal US-Banken als Kreditgeber auf den Plan. Ein bekannter Brüsseler Bankier machte damals die Direktion der *Boden-Credit-Anstalt* darauf aufmerksam, „daß die Amerikaner, welche mit Europa bisher noch wenig Kreditgeschäfte gemacht haben, nunmehr Geld nach Europa geben würden.“²⁸

Zum anderen scheint das hohe Zinsniveau in Österreich eine unwiderstehliche Attraktivität auf jene Finanzkreise ausgeübt zu haben, die an einer dauernden Veranlagung ihrer Gelder nicht interessiert waren. Das im Vergleich zum Westen hohe Zinsniveau in Zentraleuropa wird in Tabelle 2 veranschaulicht.

Das prekäre Problem der kurzfristigen Auslandskredite hat schon die Zeitgenossen beschäftigt. Auch die Bankmanager waren sich der Tatsache bewußt, daß die Industrie des gesamten Donauraums vor allem langfristige Investitionskredite benötigte.²⁹ Doch erwies es sich als unmöglich, ausländisches Kapital in genügendem Ausmaß zur langfristigen Veranlagung in Mitteleuropa zu animieren. Darüber hinaus gewannen die Wiener Bankiers im Laufe des Jahres 1925 den Eindruck, daß ihnen die westlichen Depositen zwar formell kurzfristig (in Form von Drei-Monats-Geldern), de facto aber längerfristig zur Verfügung standen, da die Einlagen in der Regel nicht gekündigt, sondern zu wiederholten

26 Bilanzbericht der Direktion für das Jahr 1927, enthalten in ARP-WBV vom 13. April 1928. (Hervorhebung v. d. Verf.).

27 Archiv der Bank of England: O.V. 28/30: Zimmermann to Norman, 16. April 1925.

28 VSP-BCA vom 17. November 1924.

29 Noch 1929 sagte der Vizepräsident der NEG, Kraßny-Krassien, über das ausländische Geldangebot dieses Jahres: „Es waren aber Gelder, die mehr oder minder nur zur kurzfristigen Anlage bestimmt sind, während unsere Wirtschaft gerade langfristige Darlehen benötigt.“ (Zit. n. NFP vom 16. März 1929).

Tabelle 2: Vergleich der Bankrate in England,
Deutschland und Österreich 1924–1931 (Jahresdurchschnitte)

	England	Deutschland	Österreich
1924	4,0	10,0	11,6
1925	4,6	9,2	10,9
1926	5,0	6,7	7,5
1927	4,7	5,8	6,3
1928	4,5	7,0	6,3
1929	5,5	7,1	7,4
1930	3,4	4,9	5,7
1931	4,0	6,9	7,2

Quellen: Compass, 1936, 271; Donald E. Moggridge, *British monetary policy 1924–1931*, Cambridge 1972, 226; Gerd Hardach, *Reichsbankpolitik und wirtschaftliche Entwicklung 1924–1931*, in: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 90 (1970), 570; Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Konjunkturforschung, H. 6 (1938), 140.

Malen prolongiert wurden. Bald gingen sie daher dazu über, diese Gelder auch längerfristig zu veranlagern.

4. Das Ausmaß der Vermittlungstätigkeit der Wiener Banken im Donauraum

Im allgemeinen sind wir über das Ausmaß der kurzfristigen Auslandsverschuldung der Wiener Banken nicht sehr genau informiert. Wir können aber zumindest den Anfangs- und den Endpunkt der Entwicklung rekonstruieren. Am Ende des Jahres 1924 betrug die gesamte Auslandsverschuldung der größten österreichischen Banken (inklusive der Kronendepositen von ausländischen Banken, die im Wege des Reports zu Verfügung gestellt wurden) schätzungsweise 370 Mio. Schilling, d. h. rund 30 Prozent der gesamten Kreditoren.³⁰ Bis Ende 1930 war die Verschuldung auf 980 Mio. Schilling angewachsen. Der Anteil an

30 Grundlage der Schätzung bilden FM, Zl. 76.843/1926 (eine Zusammenstellung des Bankiersverbandes über die Auslandsverpflichtungen der Banken) sowie DSP-WBV vom 2. Jänner 1925 (mit detaillierten Angaben zu den Kroneneinlagen des Auslandes beim Wiener Bankverein).

Tabelle 3: Kurzfristige Auslandsverpflichtungen der Wiener Großbanken
(nur 3-Monatsgelder, ohne Rembourse) 1924–1932 (in Mio. S)

	Wiener Bankverein	Boden-Credit- Anstalt	Credit- anstalt	NÖ. Escomte Gesellschaft	Gesamt
Dezember 1924	16	?	?	?	250 (370)
Dezember 1926	37	118	?	29	360 ^a
Jänner 1927	35	105	?	?	?
Dezember 1927	54	63	?	?	340 ^a
Dezember 1928	39	104	200	52	395
Jänner 1929	50	115 (232)	?	?	?
Juli 1929	71	73 (225)	233	?	?
Oktober 1929	73	?	197	?	?
Dezember 1929	56	–	(472)	95	(625)
Dezember 1930	47	–	(466)	?	(980)
April 1931	65 (120)	–	(442)	?	922

() Gesamte Auslandsverschuldung

^a Schätzung

Quellen: DSP-WBV vom 4. Februar und 7. August 1929; VSP-BCA vom 31. Juli 1929. Bilanzbesprechungen des ÖVW 1927–1930. DSP-WBV vom 2. Jänner 1925, 2. Februar 1927, 16. Oktober 1929 und 5. Mai 1931. DSP-BCA vom 7. Februar 1927. Ehrenfestprozeß, OZ. 9; Stern-Nachlaß; Geschäftsbericht der Oesterreichischen Nationalbank für 1931.

den Gesamtverpflichtungen (ohne Spareinlagen) war mit 30 Prozent gegenüber 1924 stabil geblieben.³¹

Leider verfügen wir über keine ähnlich verlässlichen Angaben für die dazwischenliegenden Jahre. Aber es gibt gute Gründe für die Annahme, daß das Ausmaß der Verschuldung in den Jahren nach 1925 stärker anwuchs und daß der Anteil der ausländischen an den gesamten Depositen zumindest in den Jahren 1927 und 1928 höher war als 30 Prozent. Tabelle 3 gibt jene Zahlen über die Auslandsverschuldung einzelner Wiener Banken wieder, die als einigermaßen gesichert gelten können.

Im Juli 1927 wurde die gesamte kurzfristige Auslandsverschuldung der österreichischen Banken auf 850 bis 900 Mio. Schilling geschätzt. Der Präsident der Notenbank, Richard Reisch, sprach sogar von einem Betrag von mehr

31 Quelle: Gustav Wärmer, Die Auslandsverschuldung Österreichs, in: Mitteilungen des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers 16 (1934), 282.

Tabelle 4: Auslandsverschuldung des Wiener Bankverein
und aller österreichischen Banken 1924–1930
(Index: Dezember 1924 = 100)

	WBV	Insgesamt
Dezember 1924	100	100
Juli 1927	250	260
August 1928	225	230
Dezember 1930	300	280

Quellen: DSP des WBV; NFP vom 24. Juli 1927 und 19. September 1928; Wärmer, Die Auslandsverschuldung Österreichs, wie Anm. 31, 282.

als einer Mrd.³² Im Verlauf des Jahres 1928 gingen die Verpflichtungen gegenüber dem westlichen Ausland zurück. Die Abnahme wurde auf 70 bis 80 Mio. Schilling geschätzt.³³ Setzt man diese Angaben zu den Gesamtkreditoren in Beziehung, so kommt man zu dem Ergebnis, daß im Sommer 1927 35 bis 45 Prozent und im September 1928 30 bis 40 Prozent der Kreditoren auf kurzfristige Auslandskredite entfielen. Schätzt man die Auslandsverschuldung Mitte 1927 auf 900, im darauffolgenden Jahr auf 800 Mio. Schilling, so scheint dies ein realitätsnahes Bild zu ergeben, wie ein Vergleich mit den Daten des *Wiener Bankvereins* ergibt:

Die Datenreihen, die aus den Kompilationen des *Wiener Bankverein* zusammengestellt werden können, bilden die einzig verlässliche Quelle bezüglich der Auslandsverschuldung der Wiener Banken in den zwanziger Jahren. Sie enthalten zugleich (allerdings in weniger detaillierter Form) Angaben über die Veranlagung der kurzfristigen Auslandsgelder. In den Protokollen der BCA wird nur bei wenigen Gelegenheiten auf die Höhe der ausländischen Depositen Bezug genommen.³⁴ Die Direktion der *Creditanstalt* hat uns kein einziges Dokument aus den zwanziger Jahren hinterlassen, aus dem sich die Auslandsverschuldung der Bank rekonstruieren ließe.

Aber auch aus den Statistiken des *Bankverein* kann kein vollständiges Bild der Auslandsverschuldung gewonnen werden. Die Protokolle enthalten nämlich immer detailliertere Angaben über die Auslandsverpflichtungen, ohne daß er-

32 NFP vom 24. Juli 1927.

33 NFP vom 18. September 1928.

34 Vgl. z. B. VSP-BCA vom 7. Februar 1927 und 31. Juli 1929.

sichtlich wäre, ob und in welcher Höhe bestimmte neu angeführte Kategorien (z. B. Rembourse, Tratten) vor dem Zeitpunkt der ersten statistischen Evidenz in den Direktionsbesprechungsprotokollen schon mitberücksichtigt worden waren. Das nachstehende Diagramm 1 stützt sich auf die Daten betreffend die Drei-Monats-Gelder, die dem *Bankverein* zur Verfügung gestellt wurden. Für die Zeit von Mitte Juli 1927 bis 1931 wurden die Zahlen für die gesamte kurzfristige Auslandsverschuldung der Bank (also inklusive der Remboursverpflichtungen) berücksichtigt. Für den Zeitraum vom Dezember 1928 bis November 1929 wurden auch die sogenannten „unechten“ Rembourse gesondert angewiesen, d. h. Auslandswechsel, hinter denen kein Warengeschäft stand.

Die „unechten“ Rembourse entsprachen in ihrer Funktion den Drei-Monats-Geldern, die die westlichen Banken den Wiener (ebenso wie den Berliner) Großbanken zur Verfügung stellten. Schon die zeitgenössischen Beobachter haben darauf aufmerksam gemacht, daß ein Großteil der kurzfristigen Verpflichtungen der zentraleuropäischen Banken in den zwanziger Jahren auf den „unechten“ Remboursen beruhte.³⁵ Beim *Wiener Bankverein* schwankte der Anteil dieser Kategorie im Jahr 1929 zwischen 20 und 33 Prozent der gesamten Auslandsverschuldung.³⁶ Die erste Erwähnung fanden die „unechten“ Rembourse in den Protokollen der Bank im Sommer 1927.³⁷ Bei der *Boden-Credit-Anstalt* finden sich erste Hinweise auf derartige Geschäfte im Frühjahr 1928.³⁸

Noch schwieriger als bei den Kreditoren ist es, den Anteil des Auslandsgeschäftes an den Debitoren zu schätzen. Selbst der Oesterreichischen Nationalbank war es bis zur Bankenkrise des Jahres 1931 nicht möglich, sich einen genauen Überblick über die ausländischen Engagements der Privatbanken zu verschaffen. Wir sind daher auf zeitgenössische Recherchen und auf das qualitative Bild angewiesen, das die Protokolle der Banken bieten. Die vagen Zahlen, die das Finanzministerium zur österreichischen Zahlungsbilanz zu ermitteln in der Lage war, erlauben aber zumindest eine Rekonstruktion des Trends (siehe Tabelle 5).

35 Wilhelm Kalveram, *Bankbetriebslehre*, Berlin u. Wien 1939, 94 f.

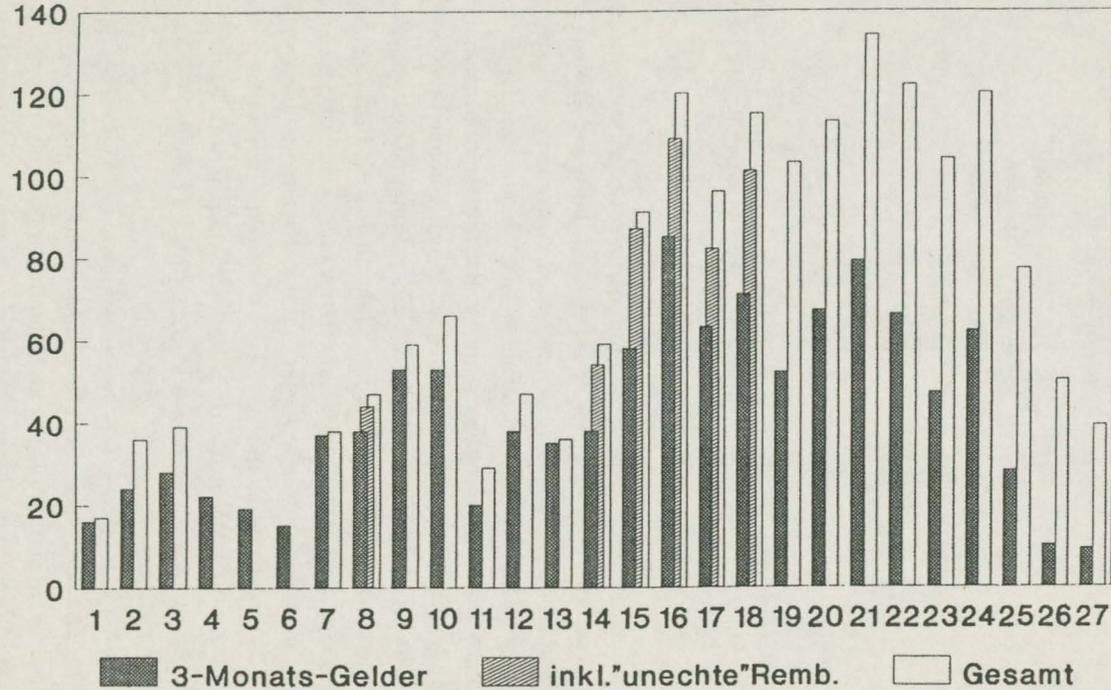
36 Nach dem November 1929 wurde an Stelle der Kategorien „echte und unechte Rembourse“ die Rubrik „Export- und Import-Tratte“ (d. s. gezogene Wechsel) ausgewiesen.

37 DSP-WBV vom 31. Juli 1927. Die Zahlen beziehen sich jedoch auf den Gesamtbetrag von echten und unechten Remboursen.

38 VSP-BCA vom 25. und 29. Mai 1928.

Diagramm 1

Kurzfristige Auslandsverschuldung des Wiener Bankverein 1924 - 1931



Quelle: Versch. ARP-WBV

Tabelle 5: Gesamtdebitoren und Auslandsdebitoren der österreichischen Banken (ohne Länderbank und Anglo-Austrian Bank) 1923–1928
(Index, 1923 = 100)

Jahr	Gesamt- debitoren	Auslands- debitoren
1923	100	100
1924	137	112
1925	158	152
1926	186	175
1927	212	217
1928	223	239

Quellen: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1938, 138; Hugo Zienert, Die Zahlungsbilanz Österreichs, in: Wilhelm Exner, Hg., 10 Jahre Wiederaufbau, Wien 1928, 301; Statistische Nachrichten, 1930, 48.

Diese Zahlen können als weiteres Indiz dafür gewertet werden, daß die Wiener Großbanken tatsächlich erst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre den Kapitalexport in die Nachfolgestaaten wiederaufgenommen haben. Tabelle 6 zeigt ein anderes wichtiges Phänomen: Die Vergabe von Krediten ans Ausland wuchs unabhängig vom wechselnden Rhythmus der Mittelaufnahme bzw. -rückzahlung im Westen kontinuierlich an. Deutlich können zwei Entwicklungssprünge identifiziert werden: 1925 (mit einer Zunahme der Auslandsdebitoren um 16 Prozent) war offensichtlich jenes Jahr, in dem die Banken zum ersten Mal ausgiebig von der Möglichkeit Gebrauch machten, kurzfristige Auslandskredite aus dem Westen an ihre alte Klientel in den Nachfolgestaaten weiterzugeben. 1927 (+ 24 Prozent) markiert das Jahr des beginnenden kurzen Wirtschaftsaufschwungs in Zentraleuropa, in dem die Wiener Bankdirektoren – und nicht bloß diese allein – die Wiederkehr der ‚gewohnten‘ Prosperität der Zeit vor 1914 zu erkennen meinten.

Trotz der beträchtlichen Steigerungsraten in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre kann die Offensive der österreichischen Großbanken zur Wiedererrichtung ihrer alten Einflußsphären im Donaauraum nicht als erfolgreich betrachtet werden. Billigen wir den obigen Zahlen eine gewisse Plausibilität zu (bzw. nehmen wir an, daß die darin enthaltenen Fehlerquellen nicht variierten), so blieb der Anteil der ausländischen Debitoren an den Gesamtdebitoren der Banken zwischen 1923 und 1930 nahezu konstant: Er machte 1923 30 Prozent aus und

Tabelle 6: Auslandskreditoren und -debitoren der
Wiener Banken 1923–1928 (in Mio. S)

Jahr	Kreditoren	Debitoren
1923	377	305
1924	594	341
1925	480	465
1926	685	535
1927	836	662
1928	649	728

Quellen: Exner, 10 Jahre Wiederaufbau, wie Tab. 5, 301; Statistische Nachrichten, 1930, 48.

betrug 1928 ungefähr 28 Prozent. Auch 1930 war diese Quote – zumindest im Fall der *Creditanstalt* – nicht höher.³⁹

Unterstellen wir, daß vor 1914 rund zwei Drittel des laufenden Bankgeschäfts auf Kredite an Unternehmen entfielen, die ihren Sitz bzw. ihre Hauptbetriebsstätten außerhalb des Gebietes des späteren Österreich hatten. (Eine grobe Schätzung, die aber kaum zu hoch gegriffen sein dürfte. So entfielen, um nur ein Indiz zu nennen, bei der *Creditanstalt* in den Jahren 1913/14 fast 94 Prozent der in 21 Zweigstellen realisierten Gewinne auf Filialen in den späteren Nachfolgestaaten.⁴⁰) Wenn unsere Annahme richtig ist, so war das ausländische Kreditgeschäft Ende der zwanziger Jahre auf ein Fünftel des Vorkriegsniveaus geschrumpft. Möglicherweise war dieser Anteil noch niedriger, denn ein beträchtlicher Teil der Auslandsdebitoren entfiel auf Guthaben bei Banken in den Nachfolgestaaten bzw. im Westen. Diese Quote betrug bei der *Creditanstalt* 1927 immerhin rund 20, 1928 sogar 30 Prozent.

39 Sie betrug etwa ein Drittel. FA, Zl. 77.685/1932: Bericht des Generaldirektors Dr. A. J. van Hengel an die ausländischen Gläubiger der Österreichischen Credit-Anstalt, 19. November 1932.

40 Quelle: VWP-CA vom 12. Jänner 1915. Beilage: Bericht der I. Sektion über die Revision der Filialbilanzen per 30. 6. 1914.

5. War die Donaauraum-Orientierung schuld an der Krise des österreichischen Bankwesens?

Die am Donaauraum und an der Internationalisierung des Finanzplatzes Wien orientierte Geschäftspolitik der Großbanken wurde nach dem Ausbruch der Krise von 1931 von verschiedenen Seiten kritisiert. So wurde der Vorwurf erhoben, daß ausschließlich die „Spekulationen im Auslande“ an den „Unglücksfällen der österreichischen Finanzinstitute“ Schuld trügen.⁴¹ Walther Federn, der Herausgeber des *Österreichischen Volkswirt* und Gustav Wärmer, ein hoher Beamter der Oesterreichischen Nationalbank, haben sich in den dreißiger Jahren der Kritik am Engagement der Banken in den Nachfolgestaaten (in allerdings modifizierter Form) angeschlossen.⁴² Sogar der damalige Generaldirektor der *Österreichischen Creditanstalt - Wiener Bankverein*⁴³ distanzierte sich 1937 rückblickend von der Geschäftspolitik seiner Vorgänger in den zwanziger Jahren: „Die Aufrechterhaltung des überdimensionierten österreichischen Bankenapparates“, sagte er in einem Vortrag, „wurde durch die Überzeugung gefördert, daß zwischen den Wirtschaftsgebieten der Sukzessionsstaaten und dem Wiener Platz ein enger organischer Zusammenhang bestehe (...) In dieser Überzeugung wurden die Wiener Banken (...) durch die (...) Wirtschaftskreise im westlichen Auslande bestärkt (...) Daraus ergab sich (...) eine Bankpolitik, die nicht eine Anpassung der Bankenorganisation an die neuen kleinen Dimensionen, sondern (...) deren Ausdehnung verfolgte.“⁴⁴

Auch Johams unmittelbarer Vorgänger, der Holländer Adrianus van Hengel (von 1932 bis 1936 Leiter der Bank), vertrat die Auffassung, daß der Zusammenbruch der Monarchie, die Direktion der *Creditanstalt* „vor eine unlösbare Aufgabe gestellt (hat), wenn als solche Aufgabe der Versuch anzusehen ist, in Wien eine internationale (...) große Bank zu erhalten (...)“.⁴⁵

41 Ist die österreichische Industrie Schuld an der Finanzkrise?, in: Wiener Börsen-Kurier (WBK), 22. Juni 1931.

42 Federn, Der Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt, wie Anm. 11, 410 ff.; Gustav Wärmer, Das österreichische Kreditwesen, Wien 1936, 7 ff., 37 f.

43 Die Adjektiva im Namen der Bank wurden erst nach dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich gestrichen.

44 Josef Joham, Geld- und Kreditwesen in Österreich, in: Österreichische Zeitung für Bankwesen Nr.2-3/1937, 51.

45 Ehrenfest-Prozeß, OZ 233: Aidemémoire Generaldirektor van Hengels.

In neuerer Zeit sind Karl Aussch und Karl Bachinger⁴⁶ der Kritik der dreißiger Jahre gefolgt. Rückblickend muß in der Tat die Donauraum-Orientierung als Fehlentscheidung mit weittragenden Folgen interpretiert werden. Aber es erscheint fraglich, ob zu Anfang der zwanziger Jahre die spätere Entwicklung, insbesondere die Weltwirtschaftskrise, absehbar war. In der unmittelbaren Nachkriegszeit traten immerhin so prominente in- und ausländische Persönlichkeiten wie Joseph A. Schumpeter und der Gouverneur der *Bank of England*, Montagu Norman⁴⁷, für die Fortsetzung des *business as usual* ein. Und Walther Federns optimistische Einschätzung der Lage der Banken noch zu Ende der zwanziger Jahre kam unter explizitem Verweis auf das starke Engagement der Banken in den Nachfolgestaaten zustande.⁴⁸

Etwa zur selben Zeit wurde in einer Aussendung der *Christlichsozialen Nachrichtenzentrale* die Auslandsexpansion der Banken mit sichtlicher Sympathie als Versuch geschildert, „einen großen Teil des Bankgeschäfts in den östlichen Ländern an sich zu reißen“ und „jene Stellung wieder zu gewinnen, die es (das Bankwesen, d. Verf.) vor dem Krieg innegehabt hat“.⁴⁹

Gegen die multinationale Strategie der Banken nahmen – außer einem pensionierten Generaldirektor der *Creditanstalt* – in den zwanziger Jahren nur wenige Zeitgenossen Stellung, am entschiedensten wohl das *Steirische Wirtschaftsprogramm* der Christlichsozialen aus dem Jahr 1925.⁵⁰

Eine wichtige Konsequenz der Donauraum-Orientierung betraf die Aufblähung des Personaletats durch Hortung von Angestellten, die für die Wahrnehmung künftiger multinationaler Aufgaben ausersehen waren.⁵¹ In der Tat war

46 Karl Aussch, *Als die Banken fielen*, Wien 1968, 312 f., 344 ff.; Karl Bachinger, *Umbruch und Desintegration nach dem 1. Weltkrieg*, unveröffentl. Habilitationsschrift, Wien 1981, 958 ff.

47 Cottrell, *Aspects*, wie Anm. 9, 309 ff.

48 Walther Federn, *Die Wiener Großbanken*, ÖVW, 21. April 1928, 824.

49 Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Christlichsozialer Parlamentsklub, Mappe 8: Die Bilanzen der Wiener Großbanken. Christlichsoziale Nachrichtenzentrale, 1. April 1929.

50 Bei dem erwähnten Bankier handelte es sich um Alexander Spitzmüller. Ders., ... *Und hat auch Ursach', es zu lieben*, Wien u. München 1955, 332. Zum Steirischen Wirtschaftsprogramm: Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (HHStA), Schüller-Faszikel: Vorschläge zur Schaffung einer österreichischen Nationalwirtschaft zwecks dauernder Stabilisierung der Währung.

51 Dies wurde von den Banken selbst zugegeben. FA, Zl. 76.843/1926: Schreiben des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers an den Völkerbundkommissär vom 26. August 1925.

es so, wie der Sekretär des Bankiersverbandes rückblickend zugab, daß „der damalige Bankenapparat durch das österreichische Geschäft allein nicht erhalten werden konnte, die Banken also auf ihre Vermittlerrolle zwischen westlichem Anlagebedürfnis und mitteleuropäischem und osteuropäischem Geldbedarf angewiesen waren“.⁵²

Die Kosten für die Erhaltung dieses teuren Apparates wurden auf die in- und ausländischen Kreditnehmer überwältigt – eine Vorgangsweise, die sich langfristig auch auf die Banken selbst fatal auswirken mußte, weil die Industrie außerstande war, eine so hohe Zinsenlast zu tragen.

Die Vorgangsweise der Banken wurde von den Zeitgenossen wiederholt kritisiert. So meinte z. B. Gustav Stolper, der Mitherausgeber des *Österreichischen Volkswirt*, im Jahre 1925, „daß dieser ganze große Apparat heute sich allein dadurch erhält, daß die Spanne zwischen Aktiv- und Passivzinsen dreißig viermal so hoch ist wie vor dem Krieg“.⁵³

In den Protokollen der Wiener Großbanken finden sich wiederholt Hinweise auf die Probleme, die den Industriefirmen aus den hohen Kreditkosten erwachsen. Ein besonders drastisches Beispiel mag dies dokumentieren: Der Mautner-Textilkonzern, dessen Hauptsitz in der Tschechoslowakei lag, wurde in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre gemeinsam von der *Boden-Credit-Anstalt* und der *Živnostenská banka*, einer der führenden Prager Banken, finanziert. Zwischen den beiden Instituten gab es eine Reihe von Konflikten bezüglich der Politik, die gegenüber den Mautnerwerken zu verfolgen sei. Einer davon bezog sich auf die Höhe der Kreditkosten. Es ist bezeichnend, daß sich zu Ende des Jahres 1927 die tschechoslowakische Bank für eine Senkung der Zinsen gegenüber dem Mautnerkonzern aussprach, „da die Textilwerke Mautner A.G. eine so hohe Zinsenbelastung nicht vertragen könne und die Živno nur deshalb so hohe Zinsen berechnet, weil die BCA diesen Satz festgesetzt hat.“⁵⁴

Wenige Monate später hieß es: „Dr. Preiss (der Generaldirektor der *Živnostenská banka*, d. Verf.) will eine durchgreifende Sanierung der Mautner A. G. dadurch herbeiführen, daß die Banken den Debetzinsfuß auf 6 Prozent reduzieren und daß von der Ausschüttung einer Dividende Abstand genommen wird (...) Eventuell könnte die Zinsdifferenz in Evidenz genommen werden und bei

52 Max Sokal, Neugestaltung und Zusammenfassung im österreichischen Bankwesen, in: Mitteilungen des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers, Nr. 1–2 (1935), 32.

53 Gustav Stolper, Der Expertenbericht (III), ÖVW, 26. September 1925, 1433.

54 VSP-BCA vom 2. Dezember 1927.

besserem Geschäftsgang von den Banken die Nachzahlung der Zinsdifferenz verlangt werden. Die BCA wäre bereit, im Zinsfuß ebenfalls ein Entgegenkommen zu beweisen, aber maximal 7 1/2 Prozent im Durchschnitt aller Währungen⁵⁵, verlangt aber unbedingt die Ausschüttung einer 5 bis 6 prozentigen Dividende.“⁵⁶

Der Spielraum der Wiener Bank war eben wesentlich geringer als jener der *Živnostenská banka*. Denn grundsätzlich war die Direktion der *Boden-Credit-Anstalt* bereits Anfang Oktober 1927 übereingekommen, „pro futuro“ Zinsermäßigungen bei den schlecht gehenden Konzernindustrien wie der Fanto AG (Erdöl), den Steyrwerken und der Mautner AG „eintreten zu lassen, da die hohe Zinsenbelastung die Entwicklung der Unternehmungen hemmt“.⁵⁷

6. Die Expansion in den Donaauraum zu Ende der zwanziger Jahre

Vergleicht man die Geschäftspolitik der einzelnen Großbanken im „Neuaußland“, so fällt auf, daß die *Creditanstalt* und die *Boden-Credit-Anstalt* einen verhältnismäßig expansiven Kurs steuerten, während der *Bankverein* und die *Escompte-Gesellschaft* eine zurückhaltendere oder besser: ‚selektivere‘ Kredit- und Beteiligungsstrategie verfolgten. Die Tatsache, daß die Auslandstätigkeit der beiden erstgenannten Banken eines systematischen Zugs entbehrte, scheint sowohl mit Mängeln im Management zusammenzuhängen, als auch mit dem Umstand, daß die Expansion im Rahmen der historisch geerbten Konzernstruktur fehlschlug. Beide Banken verfügten über Verbindungen zum Erdölsektor, die sich in der Folge als besonders verlustreich erwiesen; bei der *Boden-Credit-Anstalt* kamen die Mautner-Textilwerke als Verlustquelle im Ausland hinzu, bei der *Creditanstalt* ein 1927 entriertes Zuckerengagement in Rumänien.⁵⁸ Auf die beiden Institute trifft Walther Federns Diktum zu, daß den Wiener Banken in

55 Dazu kam, wie aus dem VSP-BCA vom 9. Dezember 1927 hervorgeht, noch eine Umsatzprovision.

56 VSP-BCA vom 4. Februar 1928.

57 VSP-BCA vom 4. Oktober 1927.

58 Siehe zu letzterem: VWP-BCA vom 6. Juli 1927, sowie Spitzmüller, ... Und hat auch Ursach', wie Anm. 50, 332.

den Nachfolgestaaten „die Dauerkredite“ an jenen Unternehmen überlassen blieben, „die nicht prosperierten“.⁵⁹

Im Gegensatz zur CA und BCA ging die Direktion des *Wiener Bankverein* bei der Wiederanknüpfung der Kreditbeziehungen mit den Nachfolgestaaten mit äußerster Vorsicht an. Im Sommer 1924, als die Lage nach dem Zusammenbruch der *Allgemeinen Depositenbank* sehr unsicher erschien, wurden auch die ausländischen Filialen des WBV zur Zurückhaltung gemahnt. „Es wird neuerlich“, hieß es zum Beispiel im Direktionsbesprechungs-Protokoll vom 18. August, „nach Agram geschrieben, daß es zurückhaltend sein soll.“⁶⁰

Erst im Herbst desselben Jahres, als sich die Wogen am österreichischen Kreditsektor geglättet hatten, ist ein merkliches Anwachsen der Debitoren der Budapester und der jugoslawischen Filialen (sehr oft in Form von Dollar-, Pfund- oder Schweizer-Franken-Krediten) zu bemerken. Auch die Wiener Zentrale der Bank begann, größere Beträge im Ausland zu placieren. Die im Jahre 1924/25 eingeschlagene Politik wurde im Halbjahresbericht 1926 von der Direktion des *Bankverein* selbst als Versuch einer Expansion in die Nachfolgestaaten beschrieben, „wie dies seit dem Umsturze unser Programm ist“.⁶¹

Dieses Bekenntnis zu einer mehr expansiven Strategie wurde durch einige größere internationale Engagements unterstrichen: Auf Initiative des *Bankverein* war ein internationales Konsortium zur Gewährung eines Investitionskredites an das Triester Schiffahrtsunternehmen Cosulich ins Leben gerufen worden. Das Syndikat, das unter der Führung der *Basler Handelsbank* (eines Großaktionärs des *Bankverein*) stand, gewährte der Firma vorerst einen bis Ende 1927 befristeten Kredit von zwölf Mio. Sfr, an dem der *Bankverein* mit einer Quote von einer Mio. beteiligt war.⁶²

Durch diese Transaktion kam der *Bankverein* nach langer Pause wieder in Fühlung mit dem Triester Platz. In der Folge ergaben sich eine Reihe neuer Geschäftsmöglichkeiten: Der Triester Lloyd, das Stabilimento Tecnico Triestino sowie die Schiffahrtsunternehmen Adria und Gerolimich zeigten sich nicht uninteressiert, Kredite des *Bankverein* in Anspruch zu nehmen. Zustande kam

59 Federn, Zusammenbruch, wie Anm. 11, 411.

60 Am 3. September 1924 hieß es im DSP-WBV: „Filiale Agram hat wieder Geld verlangt; wir werden dem Verlangen nicht entsprechen.“

61 VWP-WBV vom 19. Oktober 1926. Semesterbilanz 1/1926.

62 VWP-WBV vom 19. Oktober 1926; DSP-WBV vom 7., 15., 18., 26. und 28. Juni sowie vom 16. August 1926, Beilage A.

aufgrund der vorsichtigen Haltung des WBV-Managements allerdings lediglich ein 1,5 Mio.-Sfr-Kredit an die Navigazione Generale Gerolimich & Comp. S. A.⁶³ Von einem zu Anfang des nächsten Jahres diskutierten Investitionskredit an die Navigazione Libera Triestina in der Höhe von 5 Mio. Sfr nahm der *Bankverein* Abstand; die Transaktion wurde von der *Boden-Credit-Anstalt* im Verein mit ausländischen Konsorten (*Mendelssohn & Co*, Berlin, *Schweizer Bankverein* u. a.) durchgeführt.⁶⁴

Das größte Auslandsengagement des *Bankverein* im Jahre 1926 dürfte aber wohl die Finanzierung der „Taborient“ (Société Anonyme des Tabacs d'Orient et d'Outre Mer) gewesen sein, die auf ihrem Höhepunkt den Betrag von 862.000 Dollar (rund sechs Mio. S) beanspruchte.⁶⁵ Diese Summe war höher als die Dollar-Dotierung der Zagreber Filiale des *Bankverein*, die zur Kreditgewährung an verschiedene jugoslawische Unternehmen bestimmt war (690.000 Dollar)⁶⁶ und überstieg das Gesamtengagement der Bank in Polen (bestehend aus Aktien des *Allgemeinen Bankverein* in Polen, der *Bank Polski*, den Debetsaldi dieser Institute gegenüber der Wiener Bank sowie den direkten polnischen Anlagewerten) bei weitem; dieses machte nämlich bloß rund 300.000 Dollar aus.⁶⁷

Der interne Bilanzbericht der Direktion des *Wiener Bankverein* für das Jahr 1926 verwies zum ersten Mal seit 1918 wieder stolz auf die „Teilnahme an interessanten ausländischen Finanztransaktionen“.⁶⁸ Und in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Geschäftsbericht für 1927 findet sich die Feststellung, daß die Steigerung des Gewinnes „in der Hauptsache der internationalen Ausbreitung und Verflechtung unseres Geschäftes“ zuzuschreiben sei. „In dieser Orientierung unserer Tätigkeit“, hieß es weiter, „liegen auch für die weitere Entwicklung unseres Instituts interessante Möglichkeiten, die ihrerseits wieder der heimischen Wirtschaft zugute kommen werden“.⁶⁹

63 VWP-BCA vom 2. Mai 1927; DSP-WBV vom 26. Juli, 20. August, 3., 8. und 17. November 1926; 17. Jänner und 4. März 1927, Beilage A.

64 DSP-WBV vom 2. Februar 1927; VSP-BCA vom 10. und 14. Februar 1927; VWP-BCA vom 15. Oktober 1927. Der Bankverein beteiligte sich jedoch an einem Konsortialkredit (unter der Basler Handelsbank) an die bekannte ligurische Werft „Ansaldo“ San Gorgio S. A., Genua. VWP-WBV vom 2. Mai 1927.

65 DSP-WBV vom 12. Mai 1926.

66 DSP-WBV vom 18. Juni 1926.

67 DSP-WBV vom 17. Mai 1926.

68 Bilanzbericht der Direktion für das Jahr 1926. Beilage zum ARP-WBV vom 2. Mai 1927.

69 Geschäftsbericht des WBV für 1927.

Im Lichte dieser Orientierung müssen Diskussionen über die „Möglichkeiten einer Fusion des Böhmisches Bank-Verein“⁷⁰ und den Erwerb der Budapester Filiale der *Anglo-International Bank*⁷¹ gesehen werden, die zu Ende des Jahres 1926 im Schoße der Direktion des *Wiener Bankverein* geführt wurden. Weniger konkret, aber deswegen nicht weniger symptomatisch für den neuen Kurs der Bankpolitik waren Gespräche über die Gründung einer Bank für den gesamten südosteuropäischen Raum (inkl. der Türkei) in Kooperation mit der *Banque Belge* bzw. über die Perspektiven einer Fusion der *Banque Balkanique* – einer bulgarischen Bank, an der der Bankverein seit langem beteiligt war – mit der *Banque Franco-Belge de Bulgarie*.⁷²

Den deutlichsten Ausdruck fand die neue expansive Politik der Direktion in der Kapitalerhöhung vom Mai 1927 von 40 auf 45 Mio. Schilling. Erklärtes Ziel der Kapitalemission war es, durch eine Stärkung der Eigenmittel für die beabsichtigte weitere Expansion in Südosteuropa gerüstet zu sein.⁷³ Diese Intention drückte sich auch in der Wahl neuer Geschäftspartner aus: Von der Kapitalerhöhung übernahm einen Großteil die US-Bankfirma *Dillon, Read & Co* (500.000 Stück); 150.000 Aktien wurden von der *Deutschen Bank* übernommen, zu der die Beziehungen nach dem Ende des Weltkrieges gelockert worden waren.⁷⁴ Die restlichen 100.000 der neu emittierten Aktien wurden von den alten ausländischen Aktionären des *Bankverein* in der Schweiz und in Belgien gezeichnet.⁷⁵

Im darauffolgenden Jahr 1928 wurden auf Anregung der belgischen Großaktionäre des *Bankverein* die jugoslawischen Filialen der Bank in den *Allgemeinen Jugoslawischen Bankverein* umgewandelt. Hinter dieser Aktion stand das Bestreben, die Geschäftsbasis über Jugoslawien hinaus nach Rumänien und in

70 DSP-WBV vom 1. Dezember 1926. Auch eine Kombination mit der zum Anglobank-Konzern zählenden *Anglo-Česká Banka* war im Gespräch. (DSP-WBV vom 19. November 1926).

71 DSP-WBV vom 10. und 24. November 1926. In letzterem Protokoll heißt es: „Aus Anglo, Pest, ist vorläufig nichts geworden“.

72 DSP-WBV vom 23. August 1926. In diesem Zusammenhange wurde auch eine Interessensnahme an der *Banque de Salonique* erwogen. (DBP-WBV vom 21. April 1927).

73 Geschäftsbericht des WBV für 1927.

74 Die deutschen Banken zeigten Mitte der zwanziger Jahre allgemein wieder einen stärkeren ‚Drang nach Osten‘. Vgl. dazu Mirko Lamer, Die Wandlungen der deutschen Kapitalbeteiligungen auf dem Balkan, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 48 (1938), 490 ff.

75 ARP-WBV vom 2. Mai 1927: Bilanzbericht der Direktion für 1926.

die Türkei zu erweitern. Am Aktienkapital der neugegründeten Bank waren der *Bankverein* selbst mit 40 Prozent, die belgischen Institute mit 30 Prozent, die *Basler Handelsbank* mit 10 Prozent und jugoslawische Gruppen mit 20 Prozent beteiligt. Die westlichen Banken stellten dem neuen jugoslawischen Institut gemeinsam mit dem *Bankverein* auch Kredite zur Verfügung und eröffneten ihm den Zugang zu ihren eigenen Konsortialgeschäften.⁷⁶

1928 kam es zu einer weiteren wichtigen Veränderung im ausländischen Bankkonzern des *Bankverein*, zur Fusion des *Allgemeinen Böhmisches Bankverein* mit der *Böhmischen Union Bank*. Auch in Bulgarien wurde das Geschäft auf eine breitere Grundlage gestellt. Im Frühjahr 1928 wurde die *Banque Balkanique*, an der der *Bankverein* seit 1905 beteiligt war, nach großen Verlusten im Zuckergeschäft einer Reorganisation unterzogen und 1929 mit der *Banque Franco-Belge de Bulgarie* fusioniert.

In Polen führte der *Allgemeine Bankverein in Polen*, der – wie erinnerlich – nach dem Krieg ins Leben gerufen worden war, 1928 und 1929 in Erwartung künftiger größerer Aufgaben Kapitalerhöhungen durch.⁷⁷ Bereits 1927 hatte sich das Engagement der Wiener Bank in Polen bedeutend verstärkt, als dem *Allgemeinen Bankverein* in Warschau 250.000 Dollar neu zur Verfügung gestellt wurden⁷⁸, was beinahe einer Verdoppelung jener Beträge gleichkam, die der *Wiener Bankverein* 1926 in Polen insgesamt investiert hatte.

Zählt man zu all diesen Engagements noch die seit Anfang der zwanziger Jahre bestehende enge Verbindung zur *Laibacher Kreditbank* hinzu, so verfügte die Wiener Bank zu Ende dieses Jahrzehnts über ein weitverzweigtes Netz von affilierten Kreditinstituten im Donaauraum und am Balkan, das es ihr – bei günstiger Konjunktur – erlaubt hätte, ihre Vermittlertätigkeit zwischen West und Ost in größerem Umfang aufzunehmen.

Auch die *Boden-Credit-Anstalt* versuchte 1927, ihre Offensive in den Nachbarstaaten durch den Erwerb neuer Positionen im Bankwesen auf eine breitere Grundlage zu stellen. Überlegungen zum Erwerb einer Aktienbeteiligung an der *Rumänische Kommerzialbank* – gemeinsam mit der *Živnostenská banka* – scheinen die Direktion der BCA nur sehr kurzfristig beschäftigt zu haben.⁷⁹ Ernstgemeinter waren die zur selben Zeit entrierten Sondierungen bezüglich der Über-

76 ARP-WBV vom 30. Oktober 1927.

77 Geschäftsberichte des WBV für 1928 und 1929.

78 DSP-WBV vom 20. Juni 1927.

79 VSP-BCA vom 2. Mai, 3. und 7. Juni 1927.

nahme der prosperierenden Budapester Filiale der *Anglo-International Bank*⁸⁰, für die sich auch der *Bankverein* bereits Ende 1926 vergeblich interessiert hatte. Die Verhandlungen, die zu Beginn des Jahres 1928 in ein entscheidendes Stadium zu treten schienen, scheiterten offenbar an der strikt ablehnenden Haltung eines wichtigen Großaktionärs der *Boden-Credit-Anstalt*, des Londoner Bankiers Baron Schröder. Im Vorstandssitzungsprotokoll-Buch der BCA heißt es nämlich: „Schröder ist entschieden dagegen, daß wir in Ungarn die Filiale der Anglobank übernehmen, er sieht darin nur ein neues Engagement, wodurch unsere Anspannung vergrößert wird.“⁸¹

In Jugoslawien war dem Expansionsstreben der *Boden-Credit-Anstalt* ein größerer Erfolg beschieden: Die Wiener Bank hatte bereits 1921 ihre Position ausgebaut, als die *Kroatische Handelsbank AG* (im Herbst 1918 gemeinsam mit der *Pester Ungarischen Commercialbank* und jugoslawischen Interessenten gegründet) mit der *Kroatisch-Slavonischen Landes-Hypothekenbank* fusioniert worden war.⁸² Anlässlich der Verhandlungen wegen Übernahme der Budapester Filiale hatte sich die BCA auch für den Besitz der *Anglo-International Bank* an Aktien der *Kroatischen Escompte-Bank* interessiert.⁸³ Dieser Vorstoß erwies sich insofern als erfolgreich, als die Londoner Bank im Bestreben, ihr Engagement im Donauraum zu reduzieren, einer Fusion ihrer Konzerntochter mit der Hypothekenbank zustimmte. Die *Kroatische Escompte-Bank*, eines der ältesten Zagreber Kreditinstitute, ging zu Anfang des Jahres 1928 in der *Kroatisch-Slavonischen Landes-Hypothekenbank* auf, die ihren Namen in *Jugoslawische Escompte- und Hypothekenbank AG* umänderte.⁸⁴

Noch im selben Jahr wurde die neue Bank durch Aufnahme der *Bosnischen Bank AG* (gegründet 1908 von der BCA und der *Pester Ungarischen Commercialbank*) und der *Agrar- und Commercialbank*, Zagreb, die der *Böhmischen Union Bank* nahestand, weiter vergrößert. Ihr Name lautete nun *Jugoslawische Union-Bank AG*. Mit einem Aktienkapital von 175 Mio. und ausgewiesenen Reserven von mehr als 50 Mio. Dinar zählte die *Union-Bank* zu den größten Banken Jugoslawiens, mit Hauptniederlassungen in Zagreb und Beograd sowie

80 Nach Angaben des Volkswirt nahm die Budapester Filiale der Anglobank im ungarischen Bankwesen „eine führende Stellung“ ein. ÖVW, Die Bilanzen, 30. August 1924, 368.

81 VSP-BCA vom 18., 28. Jänner und 20. Februar 1928.

82 VWP-BCA vom 14. Februar und 23. Oktober 1919 sowie 4. Oktober 1921.

83 VSP-BCA vom 12. April 1927.

84 VWP-BCA vom 15. März 1928.

zwölf Filialen in verschiedenen Regionen des Landes.⁸⁵ Damit war der Konzentrationsprozeß unter den mit Wien verbundenen jugoslawischen Banken jedoch keineswegs abgeschlossen: 1928 wurde auch die mit der *Creditanstalt* liierte *Agrar- und Industriebank* in Beograd, die sich seit geraumer Zeit in Schwierigkeiten befand, in die *Jugoslawische Union-Bank* eingebracht.

Weniger glücklich verlief das Engagement der *Boden-Credit-Anstalt* bei der alteingesessenen Krakauer *Bank Malopolski*, zu der seit Beginn des Jahres 1921 engere Beziehungen bestanden.⁸⁶ Anlässlich der polnischen Währungs-krise im Sommer 1925, in deren Gefolge die renommierte *Bank Handlowy* ihre Zahlungen einstellen mußte, kam es auch bei der *Bank Malopolski* zu namhaf-ten Angstabhebungen, sodaß die *Boden-Credit-Anstalt* gezwungen war, ihrer Affiliation mit Stützungskrediten beizustehen. Wie groß das Ausmaß der Hilfestellung war, geht aus den Protokollen der Wiener Bank nicht ganz genau hervor, doch scheint es sich um Beträge in der Größenordnung von 500.000 bis 700.000 Dollar gehandelt zu haben.⁸⁷ Eine durchgreifende Besserung konnte jedoch nicht erzielt werden: Noch für das Geschäftsjahr 1928 war die Krakauer Bank außerstande, eine Dividende auszuschütten.⁸⁸

Im Zuge der Sanierungsaktion in den Jahren 1925/26 vermochte die *Boden-Credit-Anstalt* ihren Einfluß auf die Geschäftsführung der *Bank Malopolski* zu vergrößern. Diese übernahm – nach der Fusion der BCA mit der *Unionbank* in Wien – 1927 die Aktienmehrheit der *Polnischen Union-Bank*. Die beabsichtigte Fusion der beiden polnischen Banken kam jedoch bis zum Zusammenbruch der *Boden-Credit-Anstalt* nicht zustande.⁸⁹ Auch eine weitere, Polen betref-fende Transaktion, die die *Boden-Credit-Anstalt* gemeinsam mit dem *Wiener Bankverein* und einer Reihe westlicher Banken plante, scheiterte an der sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise. Die *Union Financiere Polonaise*, eine Fi-nanzierungsgesellschaft mit Sitz in Brüssel, wurde wohl noch 1928 gegründet, kam aber ihrer Aufgabe, der Beschaffung von langfristigen Krediten für die pol-

85 VWP-BCA vom 8. Oktober 1928.

86 VWP-BCA vom 14. Februar 1921.

87 VSP-BCA vom 14., 16., 18., 21., 22. und 28. September, 23. Oktober und 9. Dezember 1925.

88 VSP-BCA vom 11. März 1929.

89 VSP-BCA vom 22. und 28. September 1925; VWP-BCA von 15. Oktober 1927. Geschäfts-bericht der BCA für 1928.

nische Wirtschaft bzw. dem Verkauf polnischer Effekten ans westliche Ausland, nicht mehr nach.⁹⁰

Ebenso klar wie beim *Wiener Bankverein* und der *Boden-Credit-Anstalt* traten die expansiven Züge im Auslandsgeschäft auch bei der vierten Wiener Großbank, der *Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft*, zutage. Bis 1926 agierte die Bank vorsichtig, was sich auch in einer betonten Reserve bei der Aufnahme kurzfristiger Gelder im Westen niederschlug.⁹¹ Das einzig wirklich relevante Auslandsengagement der NEG in dieser Zeit betraf verschiedene Unternehmen der polnischen Erdölindustrie. Allein die Galizische Karpathen-Petroleum AG vorm. Bergheim & Max Garvey schuldete der Bank zu Ende des Jahres 1925 den Betrag von 1,7 Mio. Dollar.⁹²

Konsequenterweise konzentrierten sich auch die ausländischen Bankinteressen der NEG auf Polen: 1927 beteiligte sich die Wiener Bank gemeinsam mit ihren ausländischen Aktionären *Harriman & Co* und der *Banque de Bruxelles* sowie mit der *Banca Commerciale Italiana* an der *Banque de Varsovie*⁹³, sowie an der *Bank Handlowy*, deren Sitz ebenfalls in Warszawa lag. Diese Transaktion wurde gemeinsam mit den englischen, belgischen und amerikanischen Freunden der NEG durchgeführt. Im Frühjahr 1928 wirkte die NEG an der Kapitalerhöhung der BEBKA in der Tschechoslowakei mit. Zugleich wurden die Beziehungen zu Rumänien durch ein Übereinkommen mit den Großaktionären der *Banque Chrissoveloni* in Bukaresti intensiviert. Der Vizepräsident des Verwaltungsrates der *Escompte-Gesellschaft*, Maxime Kraßny-Krassien, vertrat im Zusammenhang damit in einem Pressegespräch die Auffassung, daß aufgrund des Vertrauens der „Kapitalszentren der Welt“ die Wiener Großbanken wieder in die Lage versetzt worden seien, ihre „Position als Hauptvermittler des Geldverkehrs zwischen den großen Kapitalsplätzen und den Sukzessionsstaaten immer mehr in den Vordergrund zu schieben.“⁹⁴

Die Politik der NEG zeigt vielleicht am klarsten (weil in sehr systematischer Weise verfolgt) die grundlegende Idee, die hinter der Auslandsexpansion der Wiener Großbanken stand: Die Beteiligung der *Escompte-Gesellschaft* an der *Banque Chrissoveloni* bildete nur den Auftakt zu einem großen industriellen

90 VWP-BCA vom 13. März und 2. Oktober 1929.

91 NWT vom 30. April 1927.

92 DSP-BCA, 13. November 1925, NWT vom 20. Mai 1925 und 30. April 1927.

93 Ebd.

94 NFP vom 13. April 1928.

Engagement, das sich auf die Finanzierung der Jalomita Wasserkraft AG bezog. Diese Transaktion erfolgte gemeinsam mit der „Hydrofina“ (*Compagnie Financiere d'Exploitations Hydroelectriques*), einer belgischen Holding-Gesellschaft, die der *Banque de Bruxelles* (einem Großaktionär der NEG) nahestand.⁹⁵ Die Jalomita AG sollte die Gemeinde Bukaresti mit Strom versorgen. „In der Interessennahme der Escompte-gesellschaft an großen ausländischen Unternehmungen“, hieß es dazu in einem Kommentar der *Neuen Freien Presse*, „tritt deutlich das Bestreben zutage, nicht bloß die eigene bankgeschäftliche Tätigkeit zu erweitern, sondern auch der österreichischen Industrie und namentlich den Konzerngesellschaften neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.“⁹⁶

Im Fall der Jalomita AG traf dies für die Union-Baugesellschaft und die österreichischen Brown-Boveri-Werke zu.

Wenn in späteren Jahren das Auslandsengagement der Wiener Banken kritisiert wurde – auch die *Banque Chrissoveloni* geriet in der Weltwirtschaftskrise in Schwierigkeiten und mußte unter Opfern für die NEG saniert werden⁹⁷ –, so ist dabei immer zu bedenken, daß 1927 oder 1928 der Ausbruch einer weltweiten Depression solchen Ausmaßes kaum vorhergesehen werden konnte.

Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, daß die multinationale Expansion der Banken selbst unter dynamischeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen größere Erfolge hätte zeitigen können. Denn Wien hatte als Finanzplatz in den ersten Jahren nach dem Krieg so sehr an Bedeutung eingebüßt, daß an eine Wiederherstellung des Status quo nicht mehr zu denken war. Vor 1914 war Wien neben Berlin das einzige Finanzzentrum Zentraleuropas gewesen und hatte relativ autonom in seinen Beziehungen zu den großen Finanzplätzen des Westens – London und Paris – agiert. Es war gleichrangig mit, wenn nicht sogar wichtiger als Amsterdam, Brüssel oder Zürich gewesen. Nach 1918 hatte Wien an Bedeutung gegenüber den eben genannten Städten eingebüßt und war – wie wir aus den Kompilationen des *Wiener Bankverein* wissen – permanent Schuldner

95 1928 beteiligte sich die NEG auch mit einer größeren Quote an der Zeichnung der rumänischen Stabilisierungsanleihe. Zugleich partizipierte sie (gemeinsam mit rumänischen Banken und der österreichischen Glanzstoff-Fabrik in St. Pölten, die der NEG nahestand) an der Gründung der 1. Rumänischen Kunstseidefabrik. NFP vom 16. März 1929.

96 NFP vom 13. April 1928.

97 ÖVW, Die Bilanzen, 23. April 1932, S. 296, und 12. Juni 1933, S. 298.

gegenüber Schweizer, belgischen und holländischen Banken (die ihrerseits nur als Vermittler für amerikanische Gelder fungierten).⁹⁸

In den zwanziger Jahren verfügte Wien als Finanzplatz kaum über größeres Prestige als Prag. Sein wirklicher Vorsprung beruhte im internationalen Bekanntheitsgrad seiner Großbanken (also in seiner historischen Tradition als Finanzplatz), nicht mehr in seiner realen Funktion, die in wenig mehr bestand als in der Kreditvermittlung für jene agrarischen Länder, die über keine selbständige Banktradition verfügten.

Wenn die Funktion eines Finanzzentrums darin besteht, Kredite möglichst zu verbilligen, so hat Wien in den zwanziger Jahren das Gegenteil getan. Wien war, wie eine jugoslawische Zeitung anlässlich der *Creditanstalt*-Krise von 1931 schrieb, „ein teurer und unrationeller Vermittler für Südosteuropa, der durch seine Vermittlung die (...) Produktionsbedingungen in diesen Ländern nur verteuert“. ⁹⁹

Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß die jugoslawischen, rumänischen oder polnischen Banken auch ohne die Ereignisse des Jahres 1931, die Wiens Rolle als Finanzzentrum grundlegend erschütterten, versucht hätten, auf Dauer die Wiener Vermittlung zu umgehen und direkten Zugang zu den billigen westlichen Finanzmärkten zu suchen.¹⁰⁰ Die große Bankenkrise hat – so gesehen – den Prozeß der „Austrofizierung“ des Wiener Bankplatzes nicht ausgelöst, sondern bloß beschleunigt.

98 Vgl. zur Geschichte und Rangordnung der Finanzzentren: Howard C. Reed. *The preeminence of international financial centers*, New York 1981, 91 ff.

99 *Privredni Pregled* vom 14. Juni 1931. Zit. nach der Übersetzung in: HHStA, Kart. 152. In dem Artikel wird ausdrücklich auf die hohen „Regien“ der Wiener Banken als einem verteuernenden Faktor hingewiesen.

100 Nicht zufällig heißt es an derselben Stelle: Es sei jetzt der Augenblick gekommen, „unsere direkten Verbindungen mit dem westlichen Kapital (...) zu stärken und dieses Kapital in direkte Verbindung mit unseren Industrien zu bringen.“